

Freie Kameradschaften

Bei den »Freien Kameradschaften« handelt es sich um die Weiterführung verbotener Organisationen der Neonazis aus der Mitte der neunziger Jahre. Anfang der Neunziger wurden u.a. die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP), die »Nationale Liste« (NL) und die »Nationalistische Front« (NF) verboten.

Dies führte in der Neonazi-Szene zu der Überlegung, das Konzept eines »Führerlosen Widerstands« zu entwickeln, dessen Strukturen für Außenstehende nicht erkennbar sein sollten. Als Bezeichnung für diese Strukturen gelten die »Freien Kameradschaften«, die »Freundeskreise« und »Freie Nationale Strukturen«. Dennoch bildeten sich Kader und Hierarchien innerhalb der Neonazi-Szene heraus, die auf das Personal und die Strukturen der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) und der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Aufbauorganisation« (NSDAP/AO) zurückgehen. Bei der NSDAP/AO handelt es sich um eine illegale Dachorganisation, die 1974/75 gegründet worden war. Das primäre Ziel der NSDAP/AO war die Wiederzulassung der NSDAP und die Gründung eines Vierten Reichs. Bei der GdNF handelte es sich um eine Organisationsstruktur, die aus einem Mitte der achtziger Jahre entwickelten Konzept hervorgegangen war, nach dem die Gefolgschaft der Neonazis stärker eingebunden und neue Leute rekrutiert werden sollten. Dies erklärt nicht zuletzt die eindeutigen Bezüge der »Freien Kameradschaften« auf die SA, den Nationalsozialismus und den Kampf um die Straße.

Zu einer der herausragenden Personen in den Kameradschaften ist Christian Worch zu zählen, der einer der Anmelder der Demonstration am 9. Dezember in Köln ist (S. 1). Seinen ersten öffentlichen Auftritt hatte Christian Worch auf der Gründungsveranstaltung der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) in Hamburg am 26. November 1977. In der Folgezeit zeichnete sich Worch immer wieder durch die Teilnahme an Überfällen auf linke Gruppen im Großraum Hamburg aus. Worch wurde 1980 zu mehreren Gefängnisstrafen verurteilt, die schließlich zu einer Zusammenfassung wurden. Seit 1984 befindet er sich wieder auf freiem Fuß.

Zu Beginn der neunziger Jahre trat Worch immer stärker als der eigentliche Organisator des »Aufbauplan Ost« hervor. Dahinter stand das Konzept, westdeutsche Nazi-Kader auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einzusetzen, um dort eine neonazistische Infrastruktur aufzubauen. Dies sollte unter Ausnutzung des gesellschaftlichen Umbruchs und des Zusammenbruchs alter Strukturen geschehen. Die ersten Erfolge stellten sich schnell ein: Am 20. Oktober 1990 marschierten ca. 500 Nazis in Dresden auf. Einer von ihnen war Christian Worch.

Auf Worch geht auch die Initiative zur Gründung der »Anti-Antifa« zurück, die am 16. Januar 1993 auf einem Treffen einer Reihe von Nazis in Süddeutschland beschlossen wurde. Bei der »Anti-Antifa« handelt es sich um das Sammeln von Fotos und Informationen über AntifaschistInnen und deren Organisationen. Dies läuft besonders über das Kommunikationsnetz der Nationalen Infotelefone. Zentrale Kontaktadressen für die »Anti-Antifa« sind u.a. das »Nationale Infotelefon Mainz«, die »Nationale Liste« in Hamburg, der »Studentenbund Schlesien« in Göttingen, die »Nationale Offensive« in Witten, die FAP in Bonn und Duisburg und weitere Postfachadressen in Berlin, Köln und Frankfurt.

Im Sommer 1993 erschien dann der *Einblick*, in dem die gesammelten Bilder und Informationen über AntifaschistInnen veröffentlicht wurden. Bezogen werden kann der *Einblick* über eine Kontaktadresse in Dänemark. In Westberlin erschien noch vor dem *Einblick* ein von Worch initiiertes Blatt eines »Freundeskreises revolutionärer Volkssozialisten«, das ebenfalls antifaschistische Adressen veröffentlichte. Als Mitte der neunziger Jahre die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) und die »Nationale Liste« verboten wurden, gelang es Worch, die Strukturen dieser Organisationen in die »Freien Kameradschaften« zu übertragen.

Nie wieder Krieg – und tschüss ...

Beim NATO-Krieg war alles gelogen

Eineinhalb Jahre ist es her, dass die Streitmacht der NATO den Krieg gegen Jugoslawien geführt hat. Die haushoch überlegene Militärmaschinerie des westlichen Bündnisses zerstörte einen großen Teil der Infrastruktur des Balkanstaates, und nach wochenlangem Bombardement wurde ein Besatzungsregime in der Provinz Kosovo errichtet, das bis heute besteht. Immer deutlicher tritt zutage, wieviel von den vermeintlich hehren Zielen dieses NATO-Überfalls zu halten ist: nichts.

Bereits die laut Verteidigungsminister Scharping kriegsauslösenden Momente erscheinen im Licht neuerer Erkenntnisse als äußerst dubios. Die Rede ist erstens vom so genannten Hufeisenplan, einem Dokument, das eine systematische Vertreibungs- und Vernichtungsstrategie der jugoslawischen Regierung gegen die albanische Bevölkerung beweisen sollte. Der zweite Punkt ist das vermeintliche Massaker von Racak, bei dem serbische Einheiten kosovarische ZivilistInnen ermordet haben sollen. Beide Geschehnisse, so verfestigt der Eindruck, stellten eher Propagandaschöpfungen als Realität dar. Der Hufeisenplan ist im kroatischen Dialekt abgefasst, was seine Authentizität als serbisches Regierungsdokument entscheidend in Frage stellt. Hinsichtlich der Ereignisse von Racak weist vieles darauf hin, dass es sich bei den Toten zum Teil um separatistische UCK-Kombattanten gehandelt hat, dass die erschossenen ZivilistInnen zwischen die Kampfzonen geraten sind und dass die Auffindung der Leichen medienwirksam inszeniert wurde. Der Bundeswehr-Brigadegeneral Heinz Loquai äußerte vor einigen Monaten seine Zweifel an den regierungsamtlichen Darstellungen – und wurde prompt entlassen. Auch eine umfangreiche Dokumentation der BBC hat in akribischer Kleinarbeit die zahllosen Widersprüche der Schilderungen seitens der NATO-Militärs offengelegt. Hinzufigen ist, dass der Westen sich schon vor Kriegsausbruch massiv auf der Seite der kosovarischen UCK-SeparatistInnen engagierte: Der vermeintliche Friedensplan von Rambouillet, den zu unterzeichnen sich Jugoslawien weigerte, beinhaltete in einem



Impressionen von der NATO-Homepage

zunächst geheimen Zusatz nichts weniger als ein Besatzungsregime der NATO in ganz Jugoslawien – für jeden Staat vollkommen unannehmbar. Und unabhängig von allen diesen Überlegungen war und bleibt ein Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat schlichtweg völkerrechtswidrig. Fallen damit die der Öffentlichkeit genannten Begründungen für den NATO-Überfall weg, so sind auch die vorgebliche humanitären Ziele nicht erreicht worden. Seit der Installation der NATO-Herrschaft im Kosovo sterben dort wöchentlich mehr Menschen als vor Kriegsbeginn. Die UCK-SeparatistInnen, die nach Kriegsende die wirkliche Macht ausübten, starteten alsbald eine groß angelegte und brutale Vertreibungskampagne nicht nur gegen die serbische Minderheit, sondern auch gegen Sinti und Roma sowie gegen die jüdische Bevölkerung, ohne dass die NATO-Truppen dies verhindert hätten. Hinzu kommt, dass die jüngsten Wahlen gezeigt

haben, dass gerade einmal ein Fünftel der Kosovo-AlbanerInnen die UCK als die de-facto-Kriegspartnerin der NATO unterstütz. Die westliche Staatenwelt hat auch nach Ende des Krieges nicht aufgehört, Jugoslawien ihren Willen aufzuzwingen. Der jetzige Präsident Kostunica und sein Oppositionsbündnis sind mit mindestens 70 Millionen Mark ausgestattet worden – angesichts einer Wahlbevölkerung von ca. 8 Millionen Menschen hätte dies hochgerechnet den Effekt, als würde sich eine fremde Macht in einer BRD-Bundestagswahl mit sage und schreibe einer halben Milliarde Mark engagieren.

Im Endeffekt war die BRD 54 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges zum ersten Mal wieder als Vollmitglied bei einem Krieg dabei. Alle Lehren, nach denen von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfte, sind von der rot-grünen Bundesregierung und von weiten Teilen der Öffentlichkeit nunmehr endgültig begraben worden. Deutschland, von Freunden umzingelt, hat mit dieser Kriegsbeteiligung einen entscheidenden Schritt dahin getan, weltweit nach eigenem Gutdünken militärisch aufzutreten – und Kriege zu führen. Besonders perfide erscheinen dabei Begründungsmuster, vor allem von Außenminister Fischer und von Verteidigungsminister Scharping, die den deutschen Kriegseinsatz gerade mit der Nazivergangenheit rechtfertigten: Sie setzten die jugoslawische Regierung mit dem Nationalsozialismus gleich und relativierten damit in unerträglicher Weise den Holocaust. Bei aller berechtigten Kritik an autoritären, nationalistischen Milosevic-Regime muss derartige Analogieschlüsse dennoch energisch widersprochen werden. Und wenn solche Propagandamanöver überdies dem Zweck dienen, wieder deutsches Militär in eine Region zu schicken, in der die Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges brutal gewütet hat, ist jede Grenze überschritten.

Die Konsequenz kann nur lauten, die deutschen Truppen auf der Stelle in den Geltungsbereich des Grundgesetzes zurückzuführen. Die nächste Frage lautet dann, ob die mittlerweile als reines Offensivbündnis agierende NATO noch eine Existenzberechtigung hat. Fast alles spricht dagegen.



Olaf Bartz

Rot-grün garantiert Atomkraft

Alternative Liste gegen AKWs

Atomkraft ist tödlich – auch im so genannten Normalbetrieb von Atomkraftwerken durch die radioaktive Niedrigstrahlung. Sie ist unbeherrschbar – was die ständigen Pannen und Havarien in Atomanlagen weltweit beweisen. Und die zivile Nutzung der Atomenergie ist mit der militärischen untrennbar verbunden – jedes Land, das über Atomanlagen verfügt, kann und wird im Ernstfall Atombomben bauen, auch die BRD!

Die Risiken eines neuen Super-GAU sind bekannt. Trotzdem halten Energiekonzerne wie RWE und e.on, Forschungseinrichtungen und Hochschulen genauso wie alle Bundestagsparteien von CSU bis PDS aus Profit- und Machtinteressen an der Atomenergie fest.

Die Atompolitik der rot-grünen Bundesregierung hat selbst die schlimmsten Befürchtungen übertrifft. Im so genannten Atomkonsens garantieren Bundesumweltminister Jürgen Trittin und Bundeskanzler Gerhard Schröder den ungestörten Betrieb der Atomkraftwerke noch über ihre technische Betriebsdauererwartung hinaus bis 2020. CASTOR-Behälter, seit Ende September zugelassen, werden auf unabsehbare Zeit mit Plutonium von und nach La Hague und Sellafield, Gorleben und Ahaus rollen. Darüber hinaus sollen neue, dezentrale Atommüll-Lager an allen

AKW-Standorten den Widerstand gegen Atommülltransporte ins Leere laufen lassen.

»Was momentan läuft, ist kein Ausstieg, ... sondern eine Modernisierung des Atomprogramms«, kommentierte die Anti-AKW-Bewegung die Situation. Statt aller Atomanlagen sofort stillzulegen, werden neue Atomanlagen gebaut: Beispielsweise errichtet die Technische Universität München gemeinsam mit dem Atomkonzern Siemens einen Forschungsreaktor (FRM II), dessen Bau hunderte Millionen Mark aus dem Bildungsetat verschlingt und in dem ein atombombenfähiges Uranisotop als Brennstoff benutzt werden soll. Der Einstieg in die noch gefährlichere Atomfusion wird mit 400 Millionen Mark jährlich weiter gefördert, und der Ausbau regenerierbarer, dezentral nutzbarer Energien wie Wind, Sonne und Wasser wird gezielt verhindert.

Nordrhein-Westfalen ist ein Atomland, in dem alle Kenntnisse und Bausteine für den Reaktorbetrieb bereitgehalten werden: An der WiSo-Fakultät der Universität Köln wird die profitabelste Verwertung der tödlichen Energie erforscht, die Reaktorforschung einschließlich der Patentierung von modernisierten Reaktortypen betreibt die Kernforschungsanlage Jülich, die Urananreicherung findet in Gronau statt, und gelagert werden soll der Atommüll in Ahaus.

Nach Verkündung der rot-grünen Bestandsgarantie für Atomkraftwerke (»Konsens«) fand im Wendland eine Großdemonstration für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen statt, zu der auch die AL aufrief. Im Frühjahr 2001 wird wahrscheinlich wieder ein CASTOR nach Gorleben durchgeprügelt werden. Für diesen Fall wird die Anti-AKW-Bewegung versuchen, den ersten CASTOR, der losfährt, zu stoppen.

Die AL wird auch dann wieder – als einzige Gruppe an der Hochschule – mitmobilisieren, informieren, Busse organisieren und für den Fall einer AstA-Beteiligung in einem neu einzurichtenden Ökologiereferat einen Anlaufpunkt für StudentInnen schaffen, die sich für eine ökologisch und sozial verträgliche Energieversorgung und -forschung einsetzen möchten.

Dieter Asselhoven

- ➔ Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen
- ➔ Stopp der Atomtransporte
- ➔ Einstellung der Atomkraft- und Atomfusionsforschung. Es gibt keine Trennung zwischen »friedlicher« und »militärischer« Atomtechnik
- ➔ Nutzung und Ausbau der vorhandenen alternativen Energieformen (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse)